

**ProAsyl
Flüchtlingsrat
Essen**

Jahresbericht

2019

Inhaltsverzeichnis

Der Verein	3
Die Beratungsarbeit	4
Regionalberatung	4
Was uns antreibt – Familie Maqani darf bleiben	6
Asylverfahrensberatung in der Erstaufnahmeeinrichtung Essen.....	8
Was uns antreibt – Ein Leben in Freiheit für Herrn Mirza*	10
Beschwerdemanagement in der Erstaufnahmeeinrichtung Essen.....	12
Qualifizierung und Fortbildung der Berater*innen	12
Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit	14
Aus der Kommune.....	14
Social Media & Onlinepräsenz	15
Veranstaltungen.....	16
Netzwerke	19
Unsere Arbeit im Integrationsrat.....	19
Mitarbeit im AK Flucht und Migration (AKFM).....	20
Vorbereitung und Beteiligung an der Behördentagung	20
Vorbereitung und Beteiligung an der BAMF-Tagung	21
Mitdenken, Mitreden, Mitmachen! Angebote rund um ProAsyl Essen	22
AsylFairFahren.....	22
Nedaye Afghan.....	22
Unsere Fortbildungen	23
Seebrücke.....	24
Spendenaufruf	26
Kooperationspartner*innen, Gremienarbeit, Förderer*innen	27
Impressum	29

Der Verein

ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V. (oder kurz ProAsyl Essen) ist eine seit 1991 bestehende, kommunale Flüchtlingsinitiative mit einem als gemeinnützig anerkannten Förderverein. Schwerpunkte unserer Arbeit sind die Beratung und Begleitung von Geflüchteten. Darüber hinaus setzen wir uns unabhängig vom Einzelfall für die Verbesserung der Aufnahme- und Lebensbedingungen von Geflüchteten und die Förderung eines friedlichen Zusammenlebens der Kulturen ein.

Das Leben von Geflüchteten ist in großen Teilen geprägt von Marginalisierung und mangelnden Integrationsmöglichkeiten. Unsicherheit bezüglich der komplexen Rechtslage rund um Aufenthalt und Asyl verstärken die Problematik. Daher versuchen wir die Themen von Geflüchteten aufzugreifen und durch problemorientierte und individuelle Angebote Abhilfe zu schaffen. Doch das allein reicht nicht aus. Auch die Gesellschaft muss die Bereitschaft entwickeln, sich gegenüber Minderheiten zu öffnen. Deshalb gehen wir mit unseren Anliegen in die Öffentlichkeit.

Die Arbeit von ProAsyl Essen wird seit vielen Jahren besonders durch das enge Zusammenspiel von ehrenamtlichen und angestellten Mitarbeiter*innen gestaltet. Im Jahr 2019 organisierten die inzwischen neun Angestellten die Angebote des Vereins und leisteten die Beratungsarbeit mit sieben offenen Sprechstunden an zwei Standorten gemeinsam mit ehrenamtlich Aktiven. Der Verein kooperiert eng mit verschiedenen anderen Einrichtungen in Essen und darüber hinaus. Neben den Kontakten, die sich aus der Beratungstätigkeit ergeben, ist ProAsyl Essen in verschiedenen Gremien, wie dem Integrationsrat vertreten, um sich für die Rechte von Geflüchteten einzusetzen.

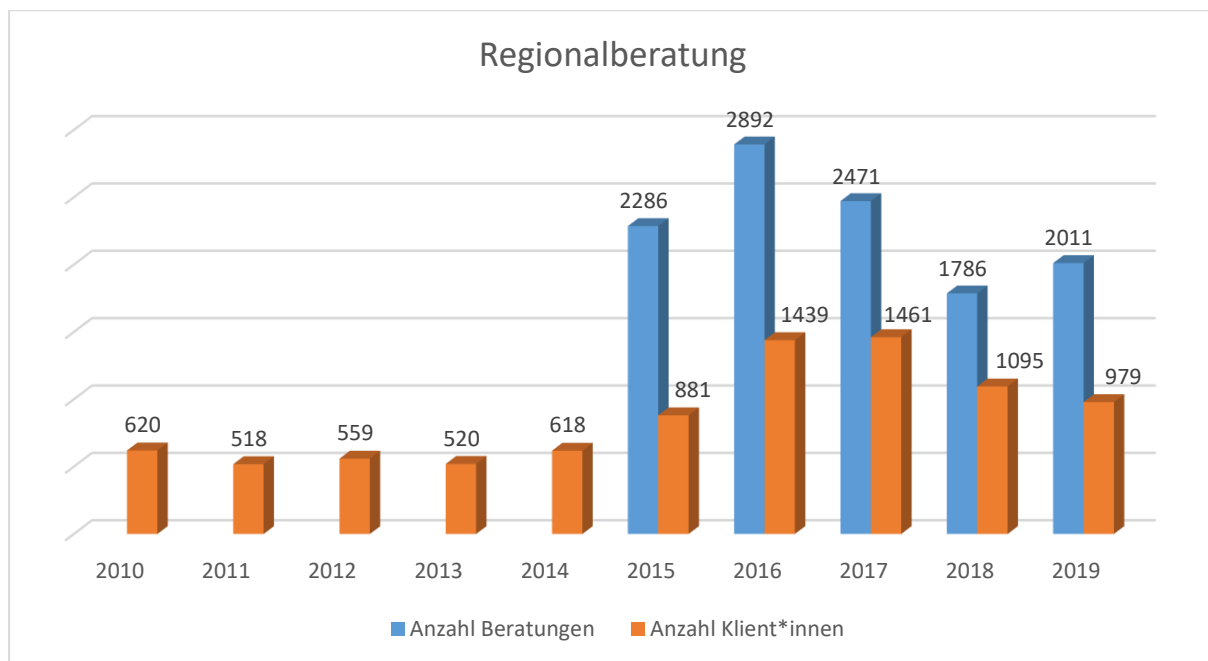
Unsere Personalkosten werden überwiegend durch Fördermittel (Förderprogramm Soziale Beratung von Flüchtlingen des Landes NRW) finanziert. Die Auszahlung der Landesmittel ist an eine jährliche Bewilligung geknüpft und geht daher mit einer gewissen Unsicherheit einher. Zudem steht das gesamte Förderprogramm derzeit auf dem Prüfstand mit der Möglichkeit, dass die Fördergelder deutlich gekürzt werden. Deshalb sind wir in erhöhtem Maße auf Spenden oder Mitgliedsbeiträge angewiesen, um auch in Zukunft als unabhängige Organisation Beratung durchführen und unsere politischen Standpunkte vertreten zu können.

Im Folgenden geben wir eine Übersicht über die Aktivitäten und inhaltlichen Schwerpunkte der Arbeit des Vereins im Jahr 2019.

Die Beratungsarbeit

Regionalberatung

Ein Teil der Beratungsarbeit von ProAsyl Essen wird in der Regionalberatung geleistet. Direkt in der Essener Innenstadt in der Friedrich-Ebert-Str. 30 beraten wir zweimal pro Woche Menschen aus Nordrhein-Westfalen mit einem nicht auf Dauer angelegten Aufenthaltstitel. Im Jahr 2019 haben wir in der Regionalberatung insgesamt 2011 Beratungen mit 979 Personen durchgeführt. Jede Person nahm also durchschnittlich rund zwei Beratungen in Anspruch. Die nachfolgende Grafik zeigt die Entwicklung unserer Klient*innen- und Beratungszahlen seit 2010. Die Anzahl der einzelnen Beratungen wird erst seit 2015 erfasst.



Themen der Beratungsgespräche sind Fragen zum Aufenthaltsrecht (z.B. Asylverfahren, Familienzusammenführung, Aufenthaltsverfestigung, drohende Abschiebung), zur psychosozialen Situation (Unterbringung, Gesundheit, Partnerschaft und Familie), zur sozialen Sicherung sowie zu Bildung und Ausbildung.

Im Jahr 2019 haben wir zahlreiche Geflüchtete aus Essen im Asylverfahren begleitet. Viele Asylanträge können schriftlich gestellt werden, wenn z.B. Kinder von Asylberechtigten hier geboren werden oder aus einer gültigen Aufenthaltserlaubnis heraus die Asylgründe geprüft werden sollen. Wir helfen dann bei den Formalitäten, bereiten auf die Anhörung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) vor und informieren zu den möglichen Rechtsfolgen. In diesem Zusammenhang gibt es häufig Probleme mit der standesamtlichen

Beurkundung von hier geborenen Kindern, da sehr viele Dokumente aus der Heimat vorgelegt werden müssen.

Ein großer Teil der Beratungsgespräche behandelte das Thema Familienzusammenführung. Viele Essener Geflüchtete warten teils schon seit Jahren darauf, dass Angehörige nachziehen können. Besonders schwer ist die Situation, wenn Kinder allein in anderen Ländern auf ihr Visum warten. Wir kommunizieren in solchen Fällen z.B. mit den deutschen Auslandsvertretungen, schreiben Härtefalldossiers und erklären den Bürokratiedschungel.



Ehrenamtliche Beratung in der Friedrich- Ebert-Str. 30

Auch zahlreiche abgelehnte Asylbewerber*innen kamen in unsere Sprechstunden. Sie werden bei uns zu aufenthaltsrechtlichen Alternativen wie Bleiberechtsregelungen, humanitären oder familiären Aufenthalten, Härtefallverfahren oder der Ausbildungsduldung beraten. Insbesondere das Thema Passbeschaffung rückte im zweiten Halbjahr 2019 in den Vordergrund, als die neuen Gesetzesvorhaben zum Thema „Duldung light“ bekannt wurden. Daher beraten wir zu Möglichkeiten der Passbeschaffung und begleiten die einzelnen Schritte. Für viele Geflüchtete ist es schwer, an Heimatpässe zu gelangen. Ohne Pass kann ihnen in der Regel aber auch kein Aufenthaltstitel erteilt werden.

Was uns antreibt – Familie Maqani darf bleiben

„Ich kann immer noch nicht glauben, dass Mama und meine Geschwister bleiben dürfen.“ Denis, der älteste Sohn von Mirie Maqani, ist heilfroh, dass seine Mutter und die jüngeren Geschwister nach einer gescheiterten Abschiebung in den Kosovo nun sicher in Essen bleiben dürfen. Danach sah es lange nicht aus.

Nach über 26 Jahren in Essen soll Mirie Maqani im Frühjahr 2018 mit ihren minderjährigen Kindern, die allesamt in Deutschland geboren sind, in den Kosovo abgeschoben werden. Kurz vor der Landung in Pristina dreht der Abschiebeflieger plötzlich wieder um. Offenbar hat die Maschine keine Landeerlaubnis. Also geht es wieder zurück nach Düsseldorf, von wo aus der Abschiebeflug gestartet war. Zurück in Essen lebt die Familie in ständiger Angst, erneut aus dem Schlaf gerissen und zum Flughafen gebracht zu werden. Mirie Maqanis erwachsene Kinder, die nicht von der Abschiebung betroffen waren, durchleben in dieser Zeit ein emotionales Chaos irgendwo zwischen der Freude darüber, dass die Mutter und die Geschwister noch in Deutschland sind und der Angst, dass die Familie durch eine erneute Abschiebung jederzeit wieder jäh zerrissen werden kann. Jastelina, die jüngste Tochter von Mirie Maqani, zieht sich immer mehr zurück und redet kaum noch. Ihr Bruder Ramadan traut sich nicht mehr aus dem Haus. Die Kinder wachen oft mitten in der Nacht auf. Ein vorbeifahrendes Auto, das Licht in die Wohnung wirft, oder ein Geräusch draußen auf der Straße genügen, um sie zurück in die Nacht zu katapultieren, in der plötzlich die Polizei vor der Tür stand.

Doch die Maqanis geben nicht auf und wollen für ihr Aufenthaltsrecht kämpfen. Mit vielen Unterstützer*innen organisieren sie eine Kundgebung vor dem Rathaus. Laissez Passer, ein Essener Verein, der sich für Geduldete einsetzt, schreibt einen offenen Brief an Oberbürgermeister Thomas Kufen, der von mehreren Hundert Personen unterstützt wird. Zusammen mit Carla Scheytt von Laissez Passer wenden sich Denis und Lendita Maqani an ProAsyl.Essen. Nach den ersten Gesprächen mit Denis und Lendita nehmen wir Kontakt mit der Ausländerbehörde auf und schreiben eine Petition an den Landtag. Die Ausländerbehörde können wir davon überzeugen, von einer Abschiebung abzusehen, solange das Petitionsverfahren läuft. Der Petitionsausschuss würdigt die Integrationsleistungen der Familie. Mutter Mirie Maqani war es, obwohl alleinerziehend, in der Zwischenzeit gelungen eine Teilzeitstelle als Reinigungskraft aufzunehmen. Die älteste von der Abschiebung betroffene Tochter Sofije Maqani fand eine Ausbildungsstelle. Obwohl ein Rechtsanwalt bereits einige Jahre zuvor einen Härtefallantrag für die Familie gestellt hatte, empfiehlt der Petitionsausschuss aufgrund der geänderten Sachlage, erneut einen

Härtefallantrag zu stellen. Die Ausländerbehörde erklärt sich bereit, auch dieses Verfahren abzuwarten. Der von ProAsyl Essen gestellte Härtefallantrag bringt dann die entscheidende Wende. Die Kommission richtet ein Ersuchen an die Ausländerbehörde, die Mirie Maqani und den Kindern dann tatsächlich die Aufenthaltserlaubnisse erteilt.

Gut ein Jahr nach der Beinahe-Abschiebung in den Kosovo leben die Maqanis nun mit gesichertem Aufenthaltsrecht in Essen. Der Schock über das Erlebte sitzt noch immer tief, vor allem bei den Kindern. Es wird wohl noch eine Weile dauern bis die Maqanis ein ganz normales Leben führen können. Denis Maqani hat allerdings schon große Pläne: „Im Duldungsstatus konnten wir Deutschland nie verlassen. Während meine Freunde früher in den Urlaub gefahren sind, habe ich meine gesamten Schulferien hier in Essen verbracht. Nächstes Jahr fahren wir mit der ganzen Familie in den Urlaub. Wir haben einiges nachzuholen.“



Familie Maqani mit den neuen Aufenthaltserlaubnissen

[Weitere Geschichten aus unserem Beratungsalltag können Sie auf unserer Website lesen.](#)

Asylverfahrensberatung in der Erstaufnahmeeinrichtung Essen

In der Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) in Essen-Fischlaken werden Asylantragsteller*innen untergebracht, die neu in Deutschland sind. Die EAE wird vom Land Nordrhein-Westfalen betrieben. Sie ist das Resultat des politischen Willens, Geflüchtete möglichst lange in großen, isolierten Lagern unterzubringen und erst nach einem positiven Asylbescheid oder dem Ablauf einer Frist von maximal zwei Jahren einer Kommune zuzuweisen. Trotz der vielen Kritikpunkte, die ProAsyl Essen an solchen Lagern hat, haben wir uns 2015 für die Arbeit dort entschieden, um die Antragssteller*innen im Asylverfahren zu unterstützen und die Unterbringungspraxis kritisch zu begleiten.

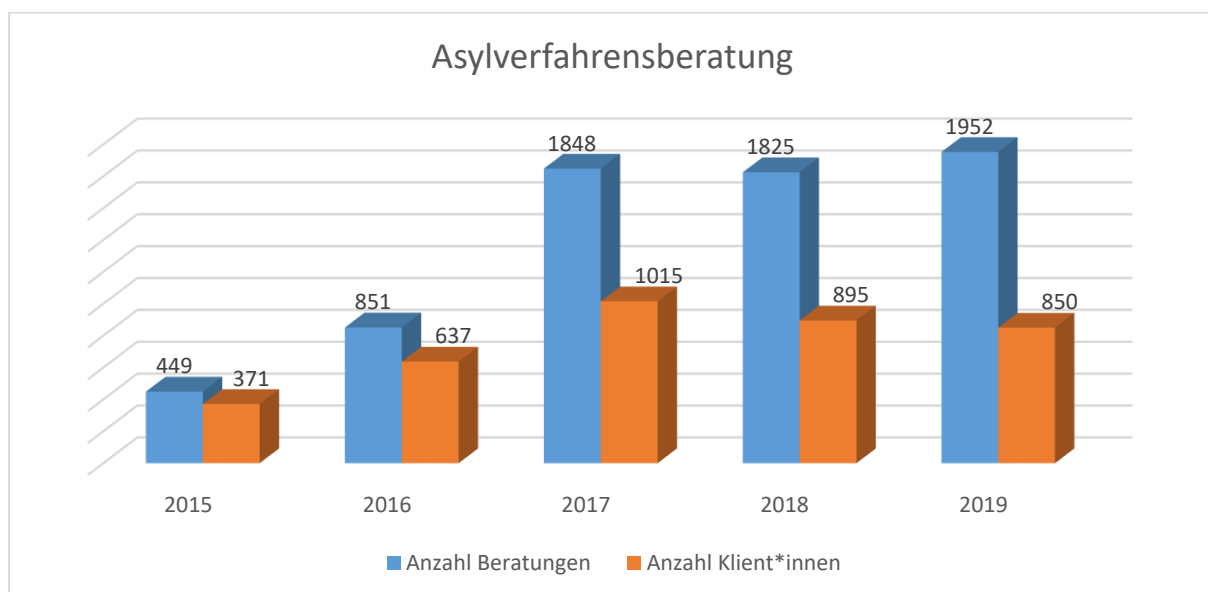
Nach Äußerung des Asylgesuches in der Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) in Bochum kommen die Geflüchteten noch am gleichen Tag in die EAE Essen und verbleiben dort nur wenige Tage bis Wochen. Hier finden Registrierung, medizinische Untersuchung, Asylantragstellung und die Anhörung zu den Asylgründen in kürzester Zeit statt. Unsere Aufgabe ist es, möglichst viele Bewohner*innen frühzeitig zum Verfahren, zu Rechten und Pflichten, zur Anhörung und möglichen Rechtsfolgen zu informieren. Auch Fragen zur Zuweisung, Familientrennung oder zu gesundheitlichen Problemen beschäftigen uns vor Ort. Die kurze Verweildauer erschwert es leider, möglichst viele Geflüchtete zu beraten.



Beratung in der EAE Essen

Wir bieten an fünf Tagen in der Woche Asylverfahrensberatung an. Da die Asylbewerber*innen in der Regel nur wenig deutsch sprechen, sind wir auf Übersetzungshilfe angewiesen. Oft bekommen wir Hilfe von ehrenamtlich tätigen Dolmetscher*innen für die Sprachen Arabisch, Türkisch und Kurdisch. Zudem können unsere Mitarbeiter*innen Beratung auf Farsi, Dari, Englisch, Französisch, Spanisch und Albanisch anbieten. Für „Nischensprachen“ buchen wir externe Dolmetscher*innen.

Im Jahr 2019 suchten in der EAE Essen 850 Personen um Rat. Es fanden insgesamt 1952 Beratungen statt, jede Person nahm durchschnittlich rund zwei Beratungen in Anspruch. Im Vergleich zum Vorjahr ist zwar die Klient*innenzahl leicht gesunken (parallel zur Belegungszahl und bundesweiten Antragzahlen), aber gleichzeitig stieg die Zahl der Beratungsgespräche. Themen der Beratungsgespräche waren vorrangig Fragen zum Asylverfahren (Ablauf des Asylverfahrens, Anhörungsvorbereitung, Zuweisung in die Kommune, drohende Dublin-Abschiebung in andere EU-Länder), zur Familienzusammenführung, aber auch zur psycho-sozialen Situation (Unterbringung, Gesundheit, Partnerschaft und Familie). Die Hauptherkunftsländer der Ratsuchenden in der Erstaufnahmeeinrichtung waren im Jahr 2019 Iran, Syrien, Irak, Afghanistan, Türkei und Nigeria. Die nachfolgende Grafik zeigt die Entwicklung unserer Klient*innen- und Beratungszahlen in der EAE Essen seit 2015.



Über die Einzelfallberatung hinaus bieten wir möglichst jede Woche eine Gruppeninformationsveranstaltung über den allgemeinen Ablauf des Asylverfahrens in verschiedenen Sprachen an. Dabei ist uns wichtig, neben den Hauptherkunftssprachen auch regelmäßig „Nischensprachen“ anzubieten. Im Jahr 2019 haben wir 43

Informationsveranstaltungen durchgeführt, mit der wir insgesamt 569 Bewohner*innen in der EAE Essen erreichen konnten.



Informationsveranstaltung in der EAE Essen

Die Mitarbeiter*innen nehmen darüber hinaus an der Liegenschaftsbesprechung, einem wöchentlichen Treffen aller Behörden und Organisationen, teil und stehen in regem Austausch mit allen Akteur*innen der Einrichtung. Ein regelmäßiges Austauschtreffen mit dem BAMF hat sich inzwischen etabliert, bei dem wir rechtliche Grundsatzfragen und Fragen der besseren Zusammenarbeit besprechen.

Was uns antreibt – Ein Leben in Freiheit für Herrn Mirza*

Am Tag seiner Ankunft, direkt als Herr Mirza aus dem Bus steigt, spreche ich ihn an, gebe ihm unseren Flyer und erkläre, was wir machen. Drei Tage später sitzt er bei mir in der Beratung. Ein allein reisender junger Mann aus dem Iran. In Griechenland wurden von ihm Fingerabdrücke genommen. Das heißt: laut Dublin-III-Verordnung wäre Griechenland für sein Asylverfahren zuständig. Er sucht immer wieder die Beratung auf und bereitet sich mit mir zusammen auf die Anhörung beim BAMF vor. Er schreibt seine Geschichte auf und wir gehen sie zusammen durch.

Als Homosexueller war Herr Mirza im Iran immer wieder in Konflikt mit Sicherheitsbeamten und der „Sittenpolizei“ gekommen. Auch seine Familie tolerierte seine sexuelle Orientierung nicht. Nur seine Mutter unterstützte ihn unter der Hand, jedoch ohne seine Orientierung

wahrhaben zu wollen. Als die Situation nicht mehr aushaltbar war, machte er sich auf den Weg nach Europa. Er kam in Griechenland an, wurde dort registriert und bekam eine Unterkunft zugewiesen. Auf dem Weg nach Hause wurde er eines Abends von mehreren Männern im Park misshandelt. Als er zur Polizei ging, um das anzuzeigen, wurde er nur ausgelacht und erkannte dort einen Mann wieder, der ihn zuvor schon sexuell belästigt hatte. Auch ein Transfer in eine andere Unterkunft wurde ihm nicht ermöglicht.

In Deutschland erzählt Herr Mirza seine Geschichte bei der Anhörung im BAMF. Nach der Anhörung wird er in eine sogenannte Zentrale Unterbringungseinrichtung (die Anschlussunterbringung nach der Erstaufnahme) für besonders vulnerable Personen transferiert, die ich für ihn beantragt habe. Drei Monate nach seiner Anhörung, also verhältnismäßig schnell, bekommt Herr Mirza schon seinen Bescheid: keinen Dublin-Bescheid, sondern eine Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft! Also den besten Status, den man neben der Asylenerkennung zugesprochen bekommen kann. Das BAMF hat von seinem Selbsteintrittsrecht Gebrauch gemacht und davon abgesehen, ihn wieder nach Griechenland abzuschicken.



Herr Mirza in seinem Zimmer in der Unterkunft

Als nächsten Schritt darf er aus der Unterkunft ausziehen. Jedoch dürfen anerkannte Geflüchtete sich auch nach Abschluss des Asylverfahrens den Wohnort nicht frei auswählen, da für sie eine dreijährige Wohnsitzauflage gilt. Herr Mirza wurde einem Dorf mit keinerlei Anbindung für LGBTIQ*-Personen zugewiesen. Gemeinsam mit der Aidshilfe Essen können wir erreichen, dass diese Wohnsitzauflage geändert wird und er sich in fünf verschiedenen Städten nach einer Wohnung umschauen darf. Wenn er in der nächsten Zeit dort eine Wohnung findet, darf er umziehen und kann sich dann hoffentlich ein freies, selbstbestimmtes Leben aufbauen.

[Weitere Geschichten aus unserem Beratungsalltag können Sie auf unserer Website lesen.](#)

*: der Name wurde zum Schutz der Person geändert

Beschwerdemanagement in der Erstaufnahmeeinrichtung Essen

Neben der Asylverfahrensberatung vertreten wir das sogenannte Beschwerdemanagement, das ausschließlich für die Bewohner*innen gedacht ist. Im Rahmen des Beschwerdemanagements können Probleme und Konflikte, die sich innerhalb der Einrichtung ergeben, vertraulich besprochen werden. Es werden vielfältige Probleme vorgetragen, unter anderem geht es um Kritik an der Versorgung und Verpflegung, Konflikte im Umgang mit den Behörden, den Sozialbetreuer*innen oder der Security. Oft wird auch eine ungenügende physische oder psychische Versorgung bemängelt.

Die Beschwerden werden entgegengenommen und im Dialog mit den Akteur*innen vor Ort bearbeitet. Falls sie nicht unmittelbar zu lösen sind, werden sie gegebenenfalls an die überregionale Koordinierungsstelle Beschwerdemanagement weitergeleitet. Diese ist beim Flüchtlingsrat NRW angesiedelt. Im Jahr 2019 sind insgesamt 15 Beschwerden eingegangen. Die vergleichsweise geringe Anzahl ist einerseits auf die gute Zusammenarbeit mit den Akteur*innen in der Einrichtung zurückzuführen. Manch ein*e Bewohner*in hat aber andererseits Angst davor, sich offiziell zu beschweren. Grundsätzlich besteht auch die Möglichkeit einer anonymen Beschwerde. Diese sind allerdings nicht gern gesehen und zum Teil schwer zu bearbeiten.

Durch unser Beratungsangebot in der Landeseinrichtung haben wir die Möglichkeit, auftretende Probleme frühzeitig zu erkennen und zu klären. Da es in allen Landeseinrichtungen Beschwerdemanagement-Stellen gibt, können strukturelle Mängel schnell erkannt und auf Landesebene bearbeitet werden.

Qualifizierung und Fortbildung der Berater*innen

Die Probleme der Geflüchteten werden zunehmend komplexer, so dass sie oft über mehrere Monate durch unsere Beratungsstelle betreut werden. Dem hohen Beratungsbedarf kann nur Rechnung getragen werden, indem nicht nur die hauptamtlichen, sondern auch die ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen von ProAsyl Essen regelmäßige Qualifizierung und Fortbildung erhalten. Folgende Maßnahmen stehen zur Verfügung:

Berater*innentreffen

Das Berater*innentreffen findet einmal im Monat statt. Es dient der Qualifizierung ehrenamtlicher und hauptamtlicher Mitarbeiter*innen im Bereich Asyl-, Aufenthalts- und

Sozialrecht. Die internen Fortbildungen werden vier- bis sechsmal im Jahr von Rechtsanwält*innen angeleitet, um sicherzustellen, dass der Verein Rechtsberatung im Sinne des Rechtsdienstleistungsgesetzes anbieten darf. Bei Bedarf werden auch andere Expert*innen eingeladen.

Die übrigen Fortbildungstermine werden von Mitarbeiter*innen von ProAsyl Essen vorbereitet und durchgeführt. So kann jederzeit spontan auf wichtige aktuelle Neuerungen (z.B. Erlasse, Gesetzesänderungen oder Gerichtsurteile) eingegangen werden. Am Ende jeder Sitzung besteht die Möglichkeit, Fallbeispiele anonymisiert durchzusprechen und Handlungsoptionen für den Einzelfall in der Gruppe zu erarbeiten. Für die hauptamtlichen Mitarbeiter*innen besteht zudem die Möglichkeit im Rahmen des verfügbaren Budgets externe Fortbildungen zu besuchen.

Supervision

Zur Begleitung der Beratungstätigkeit der Mitarbeiter*innen wird regelmäßig professionell Supervision angeboten. Im Jahr 2019 wurden sechs Sitzungen durchgeführt. Neben Fallbesprechungen und dem Umgang mit den oft belastenden Beratungssituationen wurden auch Arbeitsabläufe und Teamproblematiken angesprochen. Qualitätssicherung und -optimierung nahmen einen großen Stellenwert ein.

Fach austausche der Asylverfahrensberatungs- und Beschwerdemanagementstellen

Die Mitarbeiter*innen aller Landeseinrichtungen in NRW treffen sich regelmäßig zum Austausch, um Strukturen und Abläufe zu vergleichen und Problemstellungen zu identifizieren. Darüber hinaus wird über rechtliche Neuerungen und neue Erlasse berichtet, die für unsere Beratung relevant sind.

Ebenso gibt es regelmäßige Austauschtreffen der Beschwerdemanagementstellen in NRW. In diesem Zusammenhang können Probleme, die in der Praxis auftauchen, angesprochen werden. Grundsätzliche strukturelle Konflikte, die nicht lösbar sind und in mehreren Einrichtungen auftauchen, werden bei Bedarf gesammelt und mit der Bitte um Klärung an das Ministerium für Kinder, Flüchtlinge, Familie und Integration (MKFFI) weitergeleitet.

Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit

Aus der Kommune

Mit den asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verschärfungen ging 2019 eine weitere Verlagerung der Unterbringung von Geflüchteten von den Kommunen auf die Landeseinrichtungen einher. Verlagerung ist in diesem Zusammenhang das passende Wort, denn bundesweit wurden sogenannte Ankerzentren und vergleichbare Lager mit Aufenthaltszeiten von bis zu zwei Jahren geschaffen, wodurch Geflüchtete erst dann den Kommunen zugeführt werden, wenn ihr Asylverfahren abgeschlossen ist und sie anerkannt werden oder die Frist von maximal zwei Jahren überschritten ist.



Das Luftbild der EAE Essen verdeutlicht die isolierte Lage.

Quelle: https://www.essen.de/leben/planen_bauen_und_wohnen/planen/aktuelle_stadtplanungen/hammer_strasse_overhammschhof_erstaufnahmeeinrichtung_de.html

Familien Sonderregeln gibt, werden geflüchtete Kinder systematisch davon abgehalten, zur Schule zu gehen. Das erleben wir in der Erstaufnahmeeinrichtung tagtäglich.

Auch wenn sich der Schwerpunkt unserer politischen Öffentlichkeitsarbeit dieser Entwicklung folgend auf die Landes- und Bundesebene ausweitet, mussten wir auch 2019 auf kommunale Missstände hinweisen. Im Februar stießen wir mit einer Pressemitteilung eine Diskussion zum Thema Geburtsurkunden für in Essen geborene Kinder von Geflüchteten an. In unserer Beratung hatten sich die Fälle gehäuft, in denen Kinder keine Geburtsurkunde erhielten. Oftmals

Die Landeseinrichtungen befinden sich oft weit außerhalb der Stadtzentren. Die EAE Essen liegt im Niemandsland ohne wirkliche Infrastruktur zwischen Werden und Kupferdreh. Vorgeblich um die Kommunen zu entlasten, sorgte die NRW-Landesregierung mit der Umsetzung des sogenannten Stufenplans dafür, dass Geflüchtete länger in diesen Landeseinrichtungen festgehalten werden können. Gleichzeitig werden so schnellere Abschiebungen forciert und die Integrationsmöglichkeiten stark eingeschränkt. Das Leben in den Landeseinrichtungen wird von den Betroffenen in erster Linie als schier unendliche Wartezeit empfunden. Viele leiden unter der Isolation. Auch wenn es für Fa-

waren die Betroffenen nicht in der Lage, die vom Standesamt geforderten Dokumente und Unterlagen aus dem Herkunftsland fristgerecht einzureichen. Dass es mitunter unmöglich ist, persönliche Dokumente fristgerecht aus einem Bürgerkriegsland wie Syrien zu beschaffen, störte das Essener Standesamt nicht weiter. Die Stadt stellte nach diversen Gesprächen fest, dass das Problem in vielen Fällen nur durch eine Klage vor Gericht zu klären sei.

Ein Problem, das uns schon seit Jahren begleitet, ist die ärgerliche Situation in der Essener Ausländerbehörde. Schon seit 2017 machen wir jedes Jahr mehrfach darauf aufmerksam, dass für die langen Warte- und Bearbeitungszeiten sowie die Intransparenz der Behörde endlich eine Lösung gefunden werden muss. Die Stadtspitze verweist bei diesem Thema seit Jahren auf den Personalmangel und die schwierige Situation auf dem Arbeitsmarkt. Im November machten wir erneut auf die unhaltbare Lage aufmerksam und forderten mehr Personal für die Behörde, sowie eine bessere telefonische Erreichbarkeit.

Social Media & Onlinepräsenz

Im digitalen Raum sind wir mit drei Formaten präsent: unserer Website, unserer Facebook-Seite und dem Infobrief/Newsletter. Die [Website](#) nutzen wir als allgemeine Informationsseite über den Verein und seine Arbeit. Hier machen wir auf Veranstaltungen aufmerksam, veröffentlichen Pressemitteilungen, berichten über aktuelle Aktivitäten des Vereins und stellen Materialien zur Verfügung.

Auf der [Facebookseite](#) posten wir täglich zu verschiedenen asyl- und migrationspolitischen Themen. Die Seite wird auch gelegentlich von Geflüchteten und ihren Unterstützer*innen genutzt, um mit uns Kontakt aufzunehmen. Im Jahr 2019 konnten wir unsere Reichweite erheblich ausbauen. Am Jahresende erhielt die Seite insgesamt 1691 Likes, ein Zuwachs um 5 Prozent.

Über 500 Haupt- und Ehrenamtliche aus der Flüchtlingsarbeit, sowie andere Interessierte erhalten mindestens einmal im Quartal unseren [Infobrief](#) per Mail. In diesem Newsletter-Format berichten wir über aktuelle politische und rechtliche Entwicklungen und deren Einfluss auf unsere Arbeit und das Leben der Geflüchteten in der Stadt und in der Erstaufnahmeeinrichtung. [Die veröffentlichten Infobriefe stehen zum Nachlesen auf der Website zur Verfügung.](#)

Veranstaltungen

Um unsere Anliegen in die Stadtgesellschaft zu tragen und Themen zu platzieren, organisiert ProAsyl Essen in Eigenregie oder unter Einbindung von unseren Kooperationspartner*innen jährlich mehrere Veranstaltungen. Dabei versuchen wir über ein Fachpublikum hinaus, eine möglichst breite Öffentlichkeit zu erreichen.

Politischer Salon

Wie jedes Jahr haben wir auch 2019 wieder ein aktuelles Thema im Rahmen des Politischen Salons eingebracht – dieses Jahr mit dem Titel „Guinea: Heimat ohne Menschenrechte?“. Entstanden war die Idee zu der Veranstaltung im Rahmen des Projektes „AsylFairFahren“, bei dem Ehrenamtliche, die Menschen aus Guinea begleiten, die mangelnde Berichterstattung in den deutschen Medien zu den aktuellen Unruhen in dem westafrikanischen Land kritisiert haben. Gemeinsam mit guineischen Vereinen und Betroffenen sowie der tatkräftigen Unterstützung der hauptamtlichen Mitarbeiter*innen von ProAsyl Essen haben sie den Abend vorbereitet. Unter der Moderation von Christina Wandt (WAZ Essen) diskutierten am 02.12.2019 Diémory Kouyaté (Präsident des Vereins Conseil des Guinéens d'Allemagne e.V.), Jörg Tigges (Rechtsanwalt) und Mario Helmich (Leiter des Fachbereiches 38 „Zentrale Ausländerbehörde, Staatsangehörigkeits- und Ausländerangelegenheiten“ in Essen). Es wurde thematisiert, welche Auswirkungen die Menschenrechtsverletzungen vor Ort auf die Fluchtmotivation der guineischen Bevölkerung haben und unter welchen Bedingungen sie in Deutschland eine Aufenthaltsperspektive entwickeln können.



Podium beim Politischen Salon 2019

Die Veranstaltung war mit ca. 80 Zuhörer*innen gut besucht und es wurde rege diskutiert. Gerade die guineische Community war sehr erfreut und dankbar, so eine Chance erhalten zu haben, ihre Themen und Probleme öffentlich vorzustellen und auf diesem Weg die Essener Bürgerinnen und Bürger dafür zu sensibilisieren.

Infoveranstaltung zur neuen Zentralen Ausländerbehörde (ZAB) Essen

Am 19. März 2019 haben wir einen Informationsabend zum Thema „Arbeitsaufnahme der Zentralen Ausländerbehörde (ZAB) Essen“ veranstaltet. Anlass war, dass die ZAB Essen ihren Standort am Funkturm in Essen bezogen hatte und sich in der Stadt Protest gegen dagegen formiert hat. Uns ging es dabei darum, die ausländerrechtlichen Konsequenzen transparent zu machen. Im Vorfeld hatten wir klar gemacht, dass wir die Umstrukturierungen im Bereich der ZABen als ein landespolitisches Symptom des zunehmenden Abschiebedrucks verstehen. Wir betonten, dass die Kritik an den zentralen Abschiebebehörden, nicht zu einer reinen Standortpolitik verkommen darf. Denn für die Betroffenen ist es irrelevant, ob die ZAB Essen oder die ZAB Oer-Erkenschwick ihre Abschiebung organisiert. Die Veranstaltung, die in den Räumlichkeiten des Unperfekthauses stattfand, stieß auf großes Interesse und wir konnten ca. 50 Personen begrüßen. Als Referenten waren Herr Helmich, Leiter des Fachbereiches 38 sowie Herr Haastert, Leiter der ZAB Essen, vor Ort.

Für die Teilnehmer*innen war es sehr interessant zu erfahren, welchen Arbeitsauftrag eine ZAB hat und was sie von einer kommunalen Ausländerbehörden unterscheidet. Im Fokus lag außerdem die Hauptaufgabe der Behörde, nämlich die Abschiebung von ausreisepflichtigen Personen. Es wurden aus dem Publikum Bedenken geäußert, dass die Ausländerbehörde nun Akten an die ZAB zur Durchführung der Abschiebemaßnahmen weiterleitet. Die Konsequenz wäre, dass die Zahlen von Abschiebungen in Essen dadurch steigen würden. Insgesamt fand ein reger Austausch statt und es wurden einige kritische Fragen gestellt. Viele Teilnehmer*innen bedankten sich im Nachgang bei uns, aber auch bei den Referenten, dass die Veranstaltung zustande kam und viele Fragen beantwortet wurden.

Kultur und Flucht

ProAsyl Essen beteiligt sich in langer Tradition auch an kulturellen Veranstaltungen in Essen, die einen Bezug zum Thema Flucht und Asyl haben. Unsere Rolle geht dabei vom reinen Redebeitrag bis zur eigenen Organisation von Veranstaltungen. Im Jahr 2019 waren wir bei folgenden Ereignissen involviert:

- Im März gastierte die Berliner Compagnie mit einem Theaterstück in Altenessen im neuen Zentrum für Kultur und Integration, KD 11/13. Etwa 150 Zuschauer*innen sahen die von ProAsyl Essen mitveranstaltete Aufführung von „Die Sehnsucht nach dem Frühling“. Fluchtgeschichten und die Situation in Syrien standen im Mittelpunkt des Theaterstückes, das zusammen mit Betroffenen entwickelt worden war. Die Fluchtgründe wurden sehr differenziert dargestellt sowie die Hoffnung auf Frieden und ein Ende der Assad-Diktatur.
- Im Rahmen der Interkulturellen Woche zeigte ProAsyl Essen am 1. Oktober 2019 zusammen mit dem Glückauf-Haus-Kino den Film „Styx“. Der Film wurde im Jahr 2019 mit dem Deutschen Menschenrechts-Filmpreis ausgezeichnet und thematisiert eindrücklich die Extremsituation, in der sich die Retter*innen auf dem Mittelmeer befinden. Zum Nachgespräch hatten wir einen Aktivist von „Seawatch“ und die Superintendentin des evangelischen Kirchenkreises Essen, Marion Greve, eingeladen. Die Veranstaltung machte eindringlich deutlich, dass auch Essen zu einem rettenden Hafen für Geflüchtete werden muss.
- Am Donnerstag, 14. November 2019 beteiligte sich ProAsyl Essen zusammen mit der Stadtbibliothek Essen und Amnesty International im Rahmen des Literaturfestivals Literatürk an der Eröffnung der Ausstellung „Menschen & Rechte sind unteilbar“. Die Ausstellung, die jetzt auch bei der Stadtbibliothek kostenlos auszuleihen ist, bietet viele Ansatzpunkte, sich mit dem Thema Menschenrechte auseinanderzusetzen. Wir berichteten an diesem Abend über die Beratungsarbeit in der EAE und in der Regionalberatung sowie über das Engagement der Essener Seebrücke.

Netzwerke

Die Netzwerkarbeit hat bei ProAsyl Essen einen hohen Stellenwert. Einerseits helfen uns starke Netzwerke eine größere Reichweite für unsere Anliegen, auch über die kommunale Ebene hinaus, zu erzielen. Andererseits sind sie im kommunalen Bereich unerlässlich, um Hilfsstrukturen für Geflüchtete zu erhalten und auszubauen. Eine große Rolle spielen zudem auf beiden Ebenen der Austausch und das Erwerben von fachlichem Wissen über behördliches Handeln und Entscheidungswege. Nicht zuletzt deshalb sind wir auch bei der Behörden- und BAMF-Tagung vertreten.

Unsere Arbeit im Integrationsrat

Bereits seit 1975 gibt es in Essen einen Ausländerbeirat zur Vertretung der politischen Interessen der nichtdeutschen Bevölkerung in der Kommunalpolitik. In den 90er Jahren entstand langsam das Bewusstsein dafür, dass dies der angemessene Ort ist, an dem auch die Belange von Geflüchteten zur Sprache kommen und beraten werden sollten. So wurde eine Vertreterin von ProAsyl Essen als beratendes Mitglied berufen. Vereinzelt gab es noch immer Zweifel, dass die Belange von Geflüchteten zur Sprache kommen dürften, denn „es geht doch hier um Integration“. Trotzdem konnte unsere Vertreterin durch entsprechende Fragen an Verwaltung und Ausländerbehörde erreichen, dass die Themen der Geflüchteten wahrgenommen und ernsthaft beraten wurden.

Aufgrund landespolitischer Vorgaben entschied der Rat die Bildung eines Integrationsrates, der seit 2010 die Interessen der in Essen lebenden Menschen mit Migrationshintergrund (Zuwanderungsgeschichte) vertritt. Hierbei ermöglicht er auch Menschen, die aufgrund ihrer ausländischen Staatsbürgerschaft in Deutschland von den Wahlen zu den Parlamenten und dem Stadtrat ausgeschlossen sind, die Beteiligung am kommunalpolitischen Geschehen. Der Integrationsrat kann sich einerseits mit allen gemeindlichen Angelegenheiten befassen und dem Rat der Stadt und seinen Ausschüssen Stellungnahmen und Empfehlungen vorlegen. Andererseits ist es möglich auf Aufforderung des Rates oder eines Ausschusses Stellungnahmen zu bestimmten Sachverhalten abzugeben. Neben der inhaltlichen Arbeit bieten die regelmäßige Sitzungsteilnahme und die vielen Kontakte zu den anderen Akteur*innen des Integrationsrates für uns eine gute Möglichkeit der Netzwerkarbeit.

In den letzten Jahren kamen immer mehr Verwaltungsvorlagen zu den Themen Unterbringung von Geflüchteten, Schulbesuch von geflüchteten Kindern, Arbeitsintegration, Arbeitsweise der Ausländerbehörde etc. auf die Tagesordnung. Es ist ein gutes Zeichen, dass inzwischen

Integrationsmaßnahmen selbstverständlich auch Geflüchtete einbeziehen. ProAsyl Essen konnte dazu Stellung nehmen und auch durch Anfragen und Anträge Themen auf die Tagesordnung bringen. In 2019 waren unsere Themen die Problematik der häufigen Verweigerung von Geburtsurkunden für in Essen geborene Kinder von Geflüchteten und die Frage nach der Anwendung des Gewaltschutzkonzeptes in den kommunalen Unterkünften. Darüber hinaus wurde auch das Dauerthema der letzten Jahre, die Missstände bei der Ausländerbehörde Essen hinsichtlich Terminvergabe und Sachbearbeitung, im Integrationsrat thematisiert.

Mitarbeit im AK Flucht und Migration (AKFM)

In Kooperation mit den Wohlfahrtsverbänden, anderen Beratungsstellen und weiteren flüchtlingspolitischen Akteur*innen haben wir in den vergangenen Jahren Flüchtlingskonferenzen organisiert. Aus dieser Zusammenarbeit ist ein informelles Gremium erwachsen, das gemeinsam die Flüchtlingspolitik der Stadt kritisch beobachtet und Veranstaltungen organisiert. 2018 veranstalteten wir eine Flüchtlingskonferenz und suchten nach Auswegen aus der Sackgasse Duldung. 2019 griffen wir das Thema der Langzeitgeduldeten erneut auf und organisierten mit dem AKFM am 8. Oktober ein Fachgespräch zum neuen NRW-Erlass zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für gut integrierte Geduldete gemäß § 25b AufenthG. Der neue Erlass soll den Ausländerbehörden mehr Spielräume bei der Erteilung einer Duldung für langfristig Geduldete bieten. Zusammen mit dem NRW-Integrationsministerium, der Essener Ausländerbehörde und Birgit Naujoks vom Flüchtlingsrat NRW diskutierten wir Probleme und Möglichkeiten des neuen Erlasses. Über die Veranstaltung berichtete u.a. WDRforyou.

Vorbereitung und Beteiligung an der Behördentagung

Die Behördentagung ist ein jährlich stattfindendes Austausch- und Vernetzungstreffen von Behördenvertreter*innen diverser Ausländerbehörden, Zentraler Ausländerbehörden, BAMF, Innenministerium NRW auf der einen und Wohlfahrtsverbänden und NGOs auf der anderen Seite. Aufgrund der guten Vernetzung und der engen Zusammenarbeit mit anderen Beratungsstellen und Behörden, sind wir seit 2017 Mitglied in der Vorbereitungsgruppe der Behördentagung.

Die Vorbereitungsgruppe, die aus Vertreter*innen der verschiedenen Akteur*innen besteht, überlegt im Vorfeld, welche Themen aktuell sind und welche Expert*innen in diesem Zusammenhang eingeladen werden können. Die Tagung hat nicht nur bei Beratungsstellen,

sondern auch bei Vertreter*innen der Behörden einen hohen Stellenwert. Im Jahr 2019 stand die Tagung unter dem Motto „Miteinander Klartext reden – Schweigen heißt Zustimmung“. Konkret ging es um Themen wie Rückkehr, Duldung und Ausbildungsduldung sowie Abschiebehaft.

Vorbereitung und Beteiligung an der BAMF-Tagung

Am 18. und 19. September fand zum 20. Mal die BAMF-Tagung statt. Die jährliche stattfindende Tagung dient dem Austausch und der Konfrontation zwischen BAMF, Beratungsstellen, Rechtsanwält*innen, Behördenmitarbeiter*innen und weiteren Interessierten. Wie in den Vorjahren konnten wir wieder Themen setzen und an der Gestaltung der Veranstaltung mitwirken. Wir organisierten Vorträge zum Thema Datenschutz im Asylverfahren und bezüglich der menschenrechtlichen und politischen Situation in Nigeria. Auch 2020 beteiligen wir uns wieder an der Planung der Tagung.

Mitdenken, Mitreden, Mitmachen! Angebote rund um ProAsyl Essen

AsylFairFahren

Das Projekt, das Schulungen für Ehrenamtliche anbietet und sie anschließend an Ratsuchende aus unserer Beratung vermittelt, die sich Begleitung zu Behörden wünschen, startete bereits im Juli 2018. Im Jahr 2019 erfolgte eine zweite Schulungsrunde rund um das Asylverfahren, so dass 22 weitere Engagierte, davon acht mit eigenem Migrationshintergrund, in die Gruppe aufgenommen werden konnten. Sie begleiteten Klient*innen u.a. zu Rechtsanwält*innen, zu Jugend- und Standesämtern, zu Psychotherapeut*innen und Ärzt*innen, zur Ausländerbehörde und zum Sozialamt.

Durch die qualifizierten Ehrenamtlichen bietet sich ein über die fundierte Beratung der Hauptamtlichen hinausgehendes Angebot, das von den Ratsuchenden dankend angenommen wird. Auch für die ehrenamtlich Engagierten bietet die Teilnahme am Projekt einen Mehrwert: Sie erhalten Schulungen zu aktuellen Gesetzesänderungen, können sich mit anderen Flüchtlingshelfer*innen austauschen und vernetzen und erhalten professionelle Supervision, um belastende Situationen zu reflektieren. [Nähere Informationen zum Projekt finden Sie auf unserer Website.](#)



Logo AsylFairFahren

Nedaye Afghan

Die 2017 entstandene Selbsthilfegruppe afghanischer Geflüchteter hat sich etabliert und trifft sich alle zwei Wochen in den Räumlichkeiten unseres Vereins mit durchschnittlich zehn Teilnehmern. Wir stehen den Geflüchteten dabei in erster Linie in organisatorischen Dingen zur Seite und bieten ihnen ein Forum für den Austausch. Bei den Treffen werden unterschiedliche psycho-soziale und rechtliche Problemlagen thematisiert. Ziel der Selbstorganisation ist es,

den afghanischen Geflüchteten eine gemeinsame Stimme zu verleihen und sich untereinander zu vernetzen.



Unser Mitarbeiter Kaveh Shoaei im Gespräch mit Mitgliedern der Gruppe Nedaye Afghan

Im Jahr 2019 lag der Fokus auf dem Thema Bleiberecht und Abschiebung. Da viele Afghan*innen nicht mehr vom BAMF anerkannt werden, haben sie große Angst vor Abschiebung. Für einen Aufenthalt hier benötigen sie in der Regel einen Pass. Einen Identitätsnachweis zu besorgen ist ein Stolperstein besonders für diejenigen, die nirgendwo registriert worden sind. In einem Gespräch mit dem neuen afghanischen Konsul in Bonn konnten wir ihn von einer besseren Zusammenarbeit überzeugen.

Seitdem hat ein Teil der Afghan*innen in Essen es geschafft, ihr Tazkira oder ihren Nationalpass zu besorgen. Glücklicherweise gibt es auch viele junge Gruppenmitglieder, die inzwischen eine Ausbildung begonnen haben oder versuchen, Ihren Schulabschluss zu machen. Wir organisieren weiterhin Infoveranstaltungen, um die Teilnehmer*innen über Bleiberechtmöglichkeiten zu informieren.

Unsere Fortbildungen

ProAsyl Essen ist im Stadtgebiet bekannt für qualitativ hochwertige Beratung zum Thema Asyl- und Aufenthaltsrecht. Aufgrund dieser Expertise erhalten wir regelmäßig Anfragen, unser Wissen in Form von Fortbildungen zu verschiedenen Themenbereichen weiterzugeben. Inhaltlich bieten wir Grundlagen- und vertiefende Schulungen zum Themenkomplex Asyl- und Aufenthaltsrecht an. Darüber hinaus leisten wir mit den Vorträgen auch politische Bildungsarbeit, indem wir z.B. an Schulen zu Flucht und Fluchtursachen informieren. Beispiele im Jahr 2019 dafür sind der Besuch des Berufskollegs Ost im Juni sowie die Durchführung von Workshops im Rahmen der Demokratietage im Oktober. Außerdem haben wir im vergangenen Jahr Einrichtungen der Jugendhilfe, Bewährungshilfe, Familien- und Gesundheitshilfe geschult. Die Schwerpunkte orientierten sich an den Bedürfnissen der Beratungsstellen. So erläuterten wir beispielsweise bei der Jugendhilfe die Besonderheiten der Ausbildungsduldung und bei der Bewährungshilfe den Zusammenhang von Straftaten und

deren Einfluss auf die Gewährung, Verlängerung oder Versagung von Aufenthaltstiteln. [Nähere Informationen zu Schulungen und Fortbildungen finden Sie auf unserer Website.](#)

Die zahlreichen rechtlichen Änderungen im Rahmen des im August 2019 in Kraft getretenen Migrationspaketes erzeugten sowohl Interesse als auch Verunsicherung bei Betroffenen und Ehrenamtlichen. Aufgrund dessen organisierten wir kurz nach Verabschiedung des Gesetzes eine Informationsveranstaltung für Geflüchtete aus Guinea, um über die neuen Verschärfungen zu informieren und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Zudem erhielten wir in dieser Zeit gehäuft Anfragen von Ehrenamtlichen zu demselben Thema und führten mehrere Schulungen zu den neuen Duldungsregelungen durch.

Positive Rückmeldungen sind dabei für uns keine Seltenheit: „Immer, wenn wir als Ehrenamtliche in der Begleitung von Geflüchteten an unsere Grenzen kommen, nehmen wir gerne die Beratung von ProAsyl Essen in Anspruch. Wenn es um Informationen zu rechtlichen Änderungen geht, sind die Schulungen sehr hilfreich, um auf dem neuesten Stand zu bleiben.“ (Angelika Kleinekort, *Kettwig hilft. e.V.*)

Seebrücke

Im März 2019 gründete sich im Umfeld von ProAsyl Essen die [Essener Lokalgruppe der Seebrücke](#). Die Gruppe wird von uns unterstützt und trifft sich alle zwei Wochen in unserer Geschäftsstelle. Die Seebrücke ist eine bundesweite Bewegung, die sich für die Aufnahme von Geflüchteten, die im Mittelmeer aus der Seenot gerettet wurden, einsetzt. Auf kommunaler Ebene versuchen die Lokalgruppen ihre Städte zu sicheren Häfen zu machen. Eine Stadt, die sich zum sicheren Hafen erklärt, signalisiert der Landes- und der Bundesregierung, dass sie bereit ist, über die gegebenen Verpflichtungen hinaus, Geflüchtete aufzunehmen. In Deutschlandweit gibt es bislang 124 sichere Häfen und es werden wöchentlich mehr.

Die Essener Seebrücke setzt sich dafür ein, dass auch Essen zu einem sicheren Hafen wird. Gemeinsam mit Aufstehen gegen Rassismus, ProAsyl Essen und weiteren Initiativen rief die Gruppe im Juli angesichts der katastrophalen Lage auf dem Mittelmeer den Notstand der Menschlichkeit aus. Anfang Oktober gelang es der Seebrücke im Rahmen ihrer Aktionswochen mit einem großen Transparent an der Marktkirche das Thema Seenotrettung in die Öffentlichkeit zu tragen. Essener Bürger*innen unterzeichneten hunderte Postkarten und forderten Oberbürgermeister Kufen auf, dass neben Düsseldorf, Bochum und Dortmund auch Essen endlich zu einem sicheren Hafen wird. Einen diesbezüglichen Ratsantrag diskutierten die Aktiven mit den Ratsfraktionen und Oberbürgermeister Kufen. Die Gespräche mit den

Fraktionen laufen derzeit noch. Es bleibt zu hoffen, dass es der Seebrücke gelingt, Essen möglichst bald zu einem sicheren Hafen für aus der Seenot gerettete Geflüchtete zu machen.



Seebrücken-Aktion in der Essener Innenstadt aus Juli 2019

Spendenaufruf

Als unabhängige Organisation sind wir für den Erhalt unserer Arbeit, insbesondere für die Durchführung spezieller Projekte, wie z.B. AsylFairFahren auf finanzielle Unterstützung angewiesen. So können außerdem ehrenamtliche Strukturen und unsere politische Arbeit gestärkt werden.

Sie können uns entweder durch eine Spende unterstützen oder Sie werden Mitglied im Förderverein. Mit einem jährlichen Beitrag von 40 € sind Sie auf der Jahreshauptversammlung stimmberechtigt. [Einen Antrag auf Fördermitgliedschaft finden Sie auf unserer Internetseite.](#) Wir freuen uns immer über neue Mitglieder im Verein!

Spenden und Mitgliedsbeiträge an ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V. sind gemäß § 10 b Abs. 1 EStG steuerlich abzugsfähig. Eine Spendenbescheinigung für die Steuererklärung erhalten Sie immer im ersten Quartal des Jahres von uns.

Spendenkonto:

ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V.
Sparkasse Essen
IBAN: DE14 360 5010 5000 1600 626
BIC: SPESDE3EXXX

Oder online über das [Spendenportal](#)

Kooperationspartner*innen, Gremienarbeit, Förderer*innen

Kooperationspartner*innen:

- Beratungsstelle „Nachtfalter“ für Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution
- Aidshilfe Essen
- EXILE Kulturkoordination Essen e.V.
- Frauenberatungsstellen/Schwangerschaftskonfliktberatung
- Beratungszentrum Lore-Agnes-Haus
- Medinetz Essen e.V./medizinische Flüchtlingshilfe
- Verbraucherberatung
- Hartz IV - Beratungsstellen
- Jugendhilfe Essen gGmbH
- Integrations Sprachkursträger
- Migrationserstberatung
- Träger der regionalen Beratungsstellen (AWO, Plan B, CSE und Diakonie)
- Diakoniewerk Essen und Caritas Essen: städtische Flüchtlingsberatung in den Übergangsheimen, Ehrenamtskoordination von CSE und Diakonie
- Jugendamt Essen: Integrationsberatung für Menschen mit libanesischem Zuwanderungshintergrund
- Jugendamt Essen: Amtsvormünder für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
- Migrant*innenvereine
- Stadtteilbüros
- Antirassismustelefon Essen
- Raphaelswerk Essen (Ausreise- und Perspektivberatung)

Gremienarbeit in Essen - ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen ist...

- ... beratendes Mitglied im Integrationsrat der Stadt Essen
- ... Mitglied im Flüchtlingsbeirat der evangelischen Kirche in Essen
- ... Mitglied im Ökumene-Ausschuss der ev. Kirchengemeinde Kettwig
- ... Mitglied im AK Emi Essener Migrationsarbeit interaktiv
- ... Mitglied im AK Flucht und Migration
- ... Mitglied im AK regionale Beratung in Essen

Überregionale Vernetzung - ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen ist...

- ... Mitglied beim Flüchtlingsrat NRW
- ... Mitglied der vom Land NRW geförderten Flüchtlingsinitiativen
- ... Mitglied der bundesweiten Arbeitsgemeinschaft Pro Asyl (Frankfurt)
- ... Mitglied des AK Westliches Ruhrgebiet, Verbund von Flüchtlingsberatungsstellen
- ... Mitglied des Stiftungsbeirats der Stiftung Leben ohne Rassismus
- ... Mitglied Vorbereitungsgruppe der Behörden- und BAMF-Tagung

Förderer*innen - ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V. wird gefördert von...

- ... vielen Mitgliedern und Spender*innen
- ... dem Europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfond (AMIF)
- ... dem Land NRW
- ... der evangelischen Kirche in Essen
- ...der evangelischen Kirche im Rheinland
- ...Komm-An-Mittel

Impressum

Herausgeber:

ProAsyl/Flüchtlingsrat e.V.
Friedrich-Ebert-Straße 30
45127 Essen

Tel.: 0201-20539

Fax: 0201-2200387

www.proasylessen.de

Vertreten durch: G. Giesecke, J. Gerhard-Kemper, K.-A. Richter, A. Staude,